

Die Laterne



Die Thronrede, mit der der Kaiser den Reichstag eröffnet hat, lässt eine zwischen dem Kanzler und den „verbündeten Regierungen“ existierende Spannung durchblicken.

„Inso weit und sobald die Einigung der verbündeten Regierungen über den Bismarck'schen Schatz-zoll- und Steuerplan stattgefunden haben wird, sollen die betreffenden Vorlagen eingebracht werden. Die Regierung zweifelt also selbst nicht bloß in Bezug auf das „Wann,“ sondern auch in Bezug auf das „Ob.“

Derselbe Zweifel findet im nächsten Absatz seinen etwas gebieterischen Ausdruck in den Worten: Ich dar

hoffen, dass noch während Ihrer diesjährigen Session Ihnen die Vorschläge der verbündeten Regierungen werden zugehen können.

Nachdem aber selbst die „Kölnische Zeitung,“ die gewiss nicht des Partikularismus verdächtig ist, neulich erklärt hat, die verbündeten Regierungen würden dem deutschen Volke durch die Verwerfung der Bismarck'schen Projekte einen wesentlichen Dienst erweisen, erscheint allerdings diese „Hoffnung“ begründet, denn die Satrapen, die Bismarck zu Ministern der Kleinstaaten ernannt hat, fürchten nichts so sehr, als den Dank des Volks, der sie in Berlin missliobig machen und ihnen die Carrière verderben würde.

Andererseits acceptiren wir mit Befriedigung das Geständniss, dass die „Heilung der sozialen Schäden unvollendet,“ d. h. das Sozialistengesetz wirkungslos ist. Bismarck wird sich davon am nächsten Freitag bei der Stichwahl in Breslau noch besser überzeugen können.



Man schreibt uns aus Berlin:

„Wie die Organe der Fortschrittspartei darauf spekulirt haben, die Abonnenten der unterdrückten Arbeiterblätter einzuheimsen, ebenso werfen jetzt die Koriphäen der Partei ihre Entorhalten aus, um die sozialistischen Wähler zu kapern.“

„Man ist so grossmüthig, uns in die Bezirksvereine zuzulassen, als wären wir Menschen und Steuerzahler, wie andere Militärdienstpflichtigen.“

„Man weist uns nicht blos nicht die Thüre, sondern lüdt uns sogar ausdrücklich ein.“

„Man ist ja unser Freund, unser Gönner; man hat Mitleid mit uns; man bedauert das Unrecht, das uns geschehen ist, und will es nach Kräften wieder gut machen, indem man uns in den fortschrittlichen Bezirksvereinen Gelegenheit gibt, unsern bedrängten Herzen Luft zu machen.“

„Ist das nicht sehr schön, sehr edel?“

„Nur eine einzige, kleine Bedingung stellt man uns:“

„Wir sollen schweigen und applaudiren.“

„Wir sollen unseren selbstständigen Ansichten, unsern Prinzipien, oder wie die Liberalen sagen, unsern Utopien entsagen!“

„Natürlich verzichten wir um diesen Preis auf die fortschrittliche Gastfreundschaft. Aus dem Geschäft wird nichts, meine Herren!“

„Glauben Sie denn, die Sozialdemokratie sei eine Fabrik, die nach Wunsch heute Nähmaschinen, morgen Mäusergewehre produziert?“

„Wenn die Führer des Fortschritts und der (Max) Hirsch-Duncker'schen Vereine das Bedürfniss empfanden, vor einem grösseren und intelligenteren Publikum zu sprechen als dasjenige, welches bis jetzt ihrer Weisheit lauschte, so ist das ihre Sache; wir bedürfen

der Bezirksvereine nicht, um unsere Existenz als Partei so sachte fortzuführen. Und das genügt vorläufig. Sobald es gilt, werden wir schon auf dem Platze sein; man hat es ja in Breslau gesehen.“

„Wir verdanken es den Fortschrittlern nicht, wenn sie die Umstände behützen wollen, um ihre Partei etwas emporzubringen; sie hat es nöthig genug.“

„Aber warum es so ungeschickt anfangen, dass man auf den ersten Blick den Plan durchschaut? Und warum so verdriesslich darüber, dass wir das Manöver durchkreuzt haben?“

„Wir merkten die Absicht und sie werden versimmt!“

„Besonders gerügt zu werden verflieht das Benehmen des Abg. Löwe in der Versammlung des Bezirksvereins Althorlins.“

„Auf eine einfache, höfliche Anfrage unsererseits, ob er die seiner Zeit in Berlin von der Fortschrittspartei gegen uns durch Flugblätter verbreiteten Verleumdungen billige oder nicht, antwortete Herr Löwe mit provocirenden, heftigen Ausdrücken, wie „Lüge.“

„Diese Art, Gäste zu behandeln, setzte nicht blos die erschienenen Sozialisten in Erstaunen, sondern auch manche Mitglieder des Vereins, welche bisher unseren Bestrebungen abhold gewesen sind.“

„Lauter Proteste von allen Seiten belehrten Herrn Löwe darüber, dass wer Gastfreundschaft üben will, nicht seine Gäste beleidigen darf.“

„Hätten wir übrigens nicht schon vorher gewusst, dass diese Gastfreundschaft nur eine Falle war, in der man Sozialisten fangen wollte, so würde es aus der vom Vorsitzenden Dr. Kürten an die Zeitungen gerichteten Erklärung leicht erkennbar sein.“

„Hr. Kürten behauptet: „Ruhestörungen seitens einzelner Sozialdemokraten wurden nach Schluss des Vortrags versucht.“

„Entweder hält Herr Dr. Kürten den Abg. Löwe für einen Sozialdemokraten — womit er ihm sehr Unrecht thäte — oder er glaubt, wie die Herren Gnoist und Tessenborn, dass eine Aeußerung, die, von einem Andern gethan, durchaus harmlos wäre, im Munde eines Sozialdemokraten eine Ruhestörung, eine Majestätsbeleidigung oder ein Hochverrath wird.“

„In diesem Fall gratuliren wir der Fortschrittspartei zu Herrn Kürten.“



„Wenn übrigens die Fortschrittmänner gleiches Recht für Alle, wirkliche Freiheit wollen, so thäten sie gut, von der Toleranz des Polizei-Präsidenten Madai möglichst keinen Ge-

braucht zu machen, nicht aber sie zu Angriffen auf uns zu benutzen."

"Die Versammlungen der Berliner Bezirksvereine finden, so lange der Belagerungszustand dauert, nicht statt auf Grund eines Rechts, sondern auf Grund polizeilichen Wohlwollens."

"Für uns verboten, bilden sie ein Privilegium für die andern Parteien."

"Geziemt es sich für Männer, die sich freiheitsliebend nennen, ein Privilegium aus der Hand der Polizei anzunehmen?"

"Wir achten daher das Verhalten derjenigen Bezirksvereine, welche ihre Versammlungen bis zur Wiedereröffnung des gemeinen Rechts ausgesetzt haben. In diesem Beschluss erkennen wir ein aufrichtigeres, männlicheres Verlangen nach Versöhnung und Annäherung, als in den süßen Redensarten, die uns nichts nützen und auf die man, sobald sie nicht verfangen, sofort die schönsten Grobheiten folgen lässt."

Die liberale Koalition.

Als wir im vorigen Sommer bei den Stichwahlen überall, wo wir den Ausschlag geben konnten, für solche Kandidaten stimmten, die das Ausnahmegesetz zu bekämpfen versprachen, da wurden die liberalen Blätter nicht müde, über unsere „Bundesgenossenschaft mit den Ultramontanen“ zu lärmern.

„Die Rothen und die Schwarzen gehen Hand in Hand!“ hieß es damals in der ganzen Presse unserer gesinnungstüchtigen Bourgeoisie.

Ihr zufolge hätten wir unsere Stimmen vielmehr den liberalen und konservativen Köchen geben müssen, die im Grunde darin einig waren, uns abzuthun, und nur darüber stritten, in welcher Sauce wir verzehrt werden sollten.

Es war unsere Bürgerpflicht (und man bowies es uns aus den heiligen

Schriften der Sozialdemokratie) unseren Todfeinden zum Sieg zu verhelfen, bloß damit keine Reichsfeinde gewählt würden.

Gegenüber dieser stoischen Strenge in Bezug auf andere Leute nimmt sich heute das Liebäugeln der Freihändler mit der Kreuzzeitungspartei höchst komisch aus.

Die Organe der Firma Lasker & Bangberg sind ganz entzückt davon, dass auch die Ritter sich vor den Bismarckschen Zollprojekten entsetzen, die allerdings noch mehr Güter unter den Hammer bringen würden, als der große Krach.


Die Nationalliberalen Correspondenz, „Kölnische“ u. s. w. sind voll Liebenswürdigkeit für die konservative Opposition.

Ich bin weit entfernt, den bürgerli-

lichen Schlotjüngern diese Koalition mit den aristokratischen Schnapsbrennern übel zu nehmen. Noth kennt kein Gebot, dies gilt namentlich von solchen Parteien, die sich nicht von solchen Prinzipien, sondern von Klassen-Interessen leiten lassen.

Aber wenn die Liberalen und die ländlichen „Freihändler“ fortfahren, mit einander so schön zu thun, und es kommt schliesslich zu einer Auflösung des Reichstags und zu Neuwahlen, bei welchen die Zoll- und Steuerfrage die massgebende sein wird, müssen da nicht logischerweise die Liberalen auch eventuell für ihre Freihandelsbrüder von der Rechten stimmen?

Ohne Zweifel werden sie es thun und nicht den geringsten Strupel dabei empfinden, denn von jeher hat für sie der Zweck die Mittel geheiligt.

Man sieht hieran wieder einmal wie die Liberalen mit zweierlei Mass messen, 

Dabei ist aber noch ein grosser Unterschied zwischen dem, was sie uns im vergangenen Jahre so sehr übel nahmen, und zwischen dem, was sie selbst gegenwärtig thun.

Wir bewahrten unsere volle Unabhängigkeit als Partei. Wir gingen nicht einmal eine Koalition ein. Wir hatten 4 wo unsere eigenen Kandidaten besiegt waren 4 in einem Kampfe Partei zu ergreifen, in welchem es sich lediglich um Rechtsgleichheit auf der einen und um Willkür auf der andern Seite handelte. Wir mussten uns, auf Grund unserer eigenen Prinzipien, für die Anhänger der Rechtsgleichheit aussprechen. Und so werden wir es auch fernhalten.

In der gegenwärtigen Polemik dagegen handelt es sich gar nicht um eine Rechtsfrage, sondern um eine Interessenfrage. Die Handelsfreiheit ist so wenig ein Rechtsprinzip, als der Zollschutz; mittels beider kann systematischer Raub ausgeführt werden. Also ihr Interesse führt die Liberalen den Konservativen in die Arme.

Man sehe nur, wie sie in Breslau die Konservativen um ihre Stimmen anbetteln, die bei der Stichwahl den Ausschlag geben werden.

Was unsere Gegner einen „Compromiss“ oder eine „Koalition“ mit den Schwarzen nannten, das ist weder eine Koalition noch ein Compromiss gewesen, sondern einfach die Form, in der es uns möglich war, unserem Protest

gegen die „liberale“ Tyrannei praktischen Ausdruck zu verleihen.

Wir haben einfach von zwei Uebeln das weniger bedrohliche gewählt.

Wir haben aber weder die Selbstständigkeit unserer Partei geopfert, noch Andern zugemuthet, die ihrige preiszugeben, wie wir denn überhaupt weder Herren noch Knechte, sondern nur Freie sein wollen.

Gerade umgekehrt die Liberalen. Sie können nur zweierlei: herrschen, brutalisiren auf der einen, kriechen auf der andern Seite.

Sie sind absolut wie Jehova, ausser ihnen darf es keinen Gott geben.

Und gleichzeitig brauchen sie Jemand, vor dem sie in Demuth ersterben können.

Dies zeigten sie jetzt wieder in Berlin und Breslau.

Die Arbeiter vertretungslos, stumm machen, wie es der grosse Kanzler befehlt, das ist ihnen schon recht. Aber sie wollen das Geschäft allein besorgen: die Ultramontanen sollen ihnen von Weitem zusehen und ihnen Beifall klatschen, und die Conservativen sollen ihnen sogar noch dabei Gehilfendienste leisten.

So begreift es doch endlich, ihr Conservativen und Katholiken, dass jede Partei, die es wagt, gegenüber dem „vereinigten Liberalismus,“ noch eine Spur von Selbstständigkeit zu wahren, sich des Hochverraths und der Rebellion schuldig macht!

Duckt Euch, gehorcht, verrichtet Handlängerdienste, taucht Euch unter

Indem grossen liberalen Ordnungsbrief! Weilt Euch dem Kultus der „staats-erhaltenden“ Ideen“ der „Breslauer Zeitung“!

Lasst Euch von der „Morgen-Zeitung“

über Ihre Pflichten belehren und thut der beleidigten Majestät des Liberalismus feierlich Abbitte!

Wenn sie Zeichen von Reue und Beweise von Besserung geben; wenn sie geloben, nirgends und niemals mehr eigene Kandidaten denen der Liberalen gegenüberzustellen, so werden die Konservativen vielleicht wieder zu Gnaden aufgenommen werden und haben sogar Aussicht, zu den Söhnen des künftigen liberalen Reichskanzlers Einladungen zu erhalten.

Aus den Schlüssel eines Grafen Stauffenberg oder eines Bennigsen mitessen zu dürfen, — was können die Konservativen mehr verlangen?

So nehmen die Liberalen die Haltung der „grossen Herrn“ an, als die sie sich bereits im Spiegel sehen.

Was sie nun zu einer derartigen Zuversicht verleiten mag?



Ich glaube es zu wissen und habe es bereits früher angedeutet.

Eine Anzahl von Ministern und Geheimräthen, sowie Solcher, die es werden wollen, ist von hochangesehener Seite ermuntert worden, sich der liberalen Koalition anzuschliessen und den „dilettantischen“ Reichskanzler stürzen zu helfen.

Man muss es der Koalition lassen, dass sie in Bezug auf ihre Bundesgenossen nicht heikel ist.

Wie sie mit den Konservativen schon thut, haben wir bereits gesehen.

Auch nach den „gemässigten Ultramontanen“ wirft sie ihre Netze aus und sucht sie von den „Klerikaldemagogen“ zu trennen, indem sie ihnen eine Amnestie in Aussicht stellt.

Endlich spekulirt sie auch auf einigen Succurs seitens der Demokraten und sogar Sozialdemokraten, unter welchen sie einen Augenblick irgendwelche „transigenten Elemente“ zu finden gehofft hat, eine Hoffnung, die freilich von kürzer Dauer war.

Dieser Umstand erklärt, woher die Liberalen den Muth genommen haben, in den letzten Sitzungen des preussischen Abgeordnetenhauses so offen gegen den »Dilottanten« und seine Liebdiener aufzutreten.

Speziell das entschiedene Vorgehen der Kammer gegen Wurm und zu Gunsten der »Frankfurter Zeitung« ist nicht etwa auf das gekränkte Rechtsgefühl der Liberalen zurückzuführen, das schon so manchen anderen Puff vortragen hat, sondern auf den Umstand, dass Herr von Wurm im Kronprinzenpalais übel angeschrieben steht, noch von der Affaire des Fräulein Hessels her; sowie wegen einer andern Geschichte, die Wenigen bekannt ist.



Was uns betrifft, so werden wir natürlich dem Zusammenbruch der Bismarck'schen Clique mit Vergnügen zusehen, zumal dabei gegenseitig wieder ganz erbauliche Dinge zu Tage treten werden, von denen sich selbst Busch nichts hat träumen lassen.

Aber besondern Enthusiasmus wird uns diese Vorzimmer-Katastrophe um so weniger einflößen, als wir sie seit dem glänzenden Flasko der russischen Politik, auf die sich das Bismarck'sche Regime stützte, längst vorhergesehen haben.

Unser Kampf ist nicht gegen die Person Bismarcks an und für sich, sondern gegen das von ihm getragene und zur Zeit allerdings in ihm verkörperte Regierungssystem gerichtet.

Die Liberalen bekämpfen aber nicht das System, sondern nur diejenigen Theile desselben, die ihnen unangenehm sind.

Dass es seine Nachfolger nicht schlimmer als er treiben werden, dafür scheint uns der Fürst schon so ziemlich gesorgt zu haben.

Um aber zu glauben, dass die Maybachs und Delbrücks besser als die Hofmänner und Eulenburgs wirtschaften werden, dazu gehört ein Optimismus, der über unsern Horizont hinausgeht.

Die Sozialisten harren also mit verschränkten Armen der Dinge, die da kommen werden.



Herr Tessendorf und das öffentliche Interesse.

In Dortmund ist gegen den Redakteur Tölke, weil derselbe es gewagt hatte, gewisse liberale Reichstagsabgeordnete an gewisse Gründergeschichten zu erinnern, von Amts wegen, d. h. im öffentlichen Interesse, eine Untersuchung

eingeleitet worden, deren Resultat eine neunmonatliche Gefängnisstrafe ist.

In Berlin beschuldigt ein offiziöser Gurgelabschneider den Abgeordneten Karl Mayer, dessen Ehrenhaftigkeit selbst von seinen bittersten Feinden anerkannt wird, im Solde des Auslandes zu stehen. Karl Mayer stellt Strafantrag. Der Oberstaatsanwalt Tessendorf weist den Antrag mit dem Bemerkten zurück, „der Fall biete kein öffentliches Interesse.“

Es liess die Staatsanwaltschaft schwor kränken, wollte ich annehmen, dass sie geflissentlich in Dortmund das Verbrechen, in Berlin die Verleumdung protegiere.

Ich kenne Herrn Tessendorf und seinen Zastrov zu gut, um sie eines Unrechts fähig zu halten. Es sind einfache Männer, die neben dem Recht auch das öffentliche Interesse im Auge haben.
Das öffentliche Interesse verlangt

aber, dass die Reichsboten, die das bestehende Regime vertheidigen, unbescholtene Leute seien.

Wer also durch Mittheilung unangenehmer Thatsachen ihren Ruf zerstört, der macht sich eines Angriffs auf den Staat schuldig und neun Monate Gefängnis sind nicht zu viel für ihn.

Die Staatsanwaltschaft ist in einem solchen Fall geradezu gezwungen, die Sache zu übernehmen, denn wenn sie die Kläger auf den Weg der Civilklage verwiese, so hätte der Verklagte die Möglichkeit, den Wahrheitsbeweis anzustellen, und — ihr Götter, welchen Skandal würde ein solcher Prozess zu Tage fördern, welchen Stoss würde er unserm parlamentarischen Olymp versetzen!

Deshalb musste das Parkot den Dortmunder Fall „im öffentlichen Interesse“ in die Hand nehmen, um ihn in den Akten zu ersticken.

Anders lag die Sache Karl Mayer gegenüber.

Der schwäbische Abgeordnete ist, gerade noch nicht zum Reichsfeind herabgesunken, aber „mögen thut“ er die preussische Wirtschaft auch nicht besonders.

Das „öffentliche Interesse“ wird also von der Verleumdung des Abgeordneten Karl Mayer so wenig berührt, als vom Tode Hekubas.



Möglicherweise ist es nach den Begriffen der preussischen Staatsanwälte für einen deutschen Volksvertreter überhaupt gar nicht ehrenrührig, vom Solde des Auslandes zu leben.

Worden die Millionen des Welfenfonds nicht dazu verwendet, auch Ausländer zu gewinnen? Es liegt auf der Hand, dass die deutsche Regierung, indem sie durch kleine Gehälter den

Diensteifer fremder Staatsangehörigen anspricht, denselben keine ehrlose Handlungsweise, sondern nur die treue Erfüllung ihrer Pflicht zumuthet, da sie sich andernfalls ja selbst der Unehrenhaftigkeit mitschuldig machen würde.

Nach dieser Auffassung kann ich mir vorstellen, welche kolossalen Revenüen ein preussischer Staatsanwalt zusammenscharren muss, wenn er, wie Herr Tessorf, nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa wacht.

Wenn ihm jeder Staat für jede erzielte politische Vorurtheilung und für jede beschlagnahmte Laterno nur fünfzig Pfennige bewilligt, so kann er fortan alle sechs Monate ein Haus kaufen, anstatt alle paar Jahre.

Im öffentlichen Interesse!

Postdiebstahl.

Die von uns in der vorigen Nummer mitgetheilte Thatsache, dass man den deutschen Postbeamten Polizeidienste zumuthet, war uns von sehr zuverlässiger Seite zugegangen; inzwischen ist sie durch die Veröffentlichung des Erlasses des Generalpostmeisters vom 6. Februar vollauf bestätigt worden.

Hr. Stephan konstatiert, dass die „Tagwacht“, die „Freiheit“ und die „Laterno“ sowohl in einzelnen Exemplaren als in grösseren Parthien vom Auslande in einer Form eingeführt werden, welche bei einiger Aufmerksamkeit den Inhalt der Sendungen erkennen lässt. Diese verbotenen Zeitschriften dürfen . . . sobald sie unter Band u. s. w. oder in einer solchen Verpackung, dass der Inhalt äusserlich unzweifelhaft als in Exemplaren verbotener Zeitschriften bestehend erkennbar ist, nicht befördert. . . den Empfängern nicht ausgehändigt werden, vielmehr haben die Postanstalten derartige Sendungen

„der nächsten Polizei-Behörde abzuliefern.“

Jetzt wissen Sie es, meine Herren Assistenten!

„Bei einiger Aufmerksamkeit“ kann es ja gar nicht fehlen, dass Sie in jedem Packet, das durch Ihre Hände geht, einige Laternen entdecken.

„Aufmerksamkeit ist eine treffliche Eigenschaft für den Postdienst. Wer „aufmerksam“ ist, d. h. wer viel Laternen schnuppert, der wird rasch Postmeister, wer keine findet, der ist nicht „aufmerksam“ und kann seine Tago in Schirwindt oder Tuchel beschliessen. Natürlich! Eine „Aufmerksamkeit“ ist der andern werth!



Wenn jetzt die Bibel auf dem Altar nicht sicherer ist, als die Briefe auf der Post, so wird es, fürchte ich, mit der Frömmigkeit stark bergab gehen.

Ich hätte aber gewünscht, dass Herr Stephan den Postbeamten in seinem Erlass vom 6. Februar, auch zugleich eine kleine Unterweisung in der Kunst, Laternen auszubuddeln, ertheilt hätte.

Sollen die Beamten alle Briefe öffnen, die über zwei Millimeter dick sind, weil sie möglicherweise dasschändliche Blatt enthalten?

Oder soll das Format entscheiden?

In diesem Fall würde ich, um andern Personen, insbesondere dem Handelsstand Unannehmlichkeiten zu ersparen, die Laternen künftig in dreieckigem Format drucken lassen, um sie besser kenntlich zu machen.

Soll der Tastsinn, das zarte Papier den reichsfeindlichen Inhalt der Sendungen verrathen?

Oder soll eine spezielle Rasse von Posthunden angeschafft werden, die die „Laternen“ von Weitem wittern, gleichsam als sozialistische Trüffel!

Wenn ich dies wüsste, so liesse ich mehr Pampillet auf parfümirtes Papier drucken, um auch in der Geruchstarken die Nachforschungen zu erleichtern.



Da Herr Stephan im Grunde nichts gegen die Laterne hat, sondern nur gezwungen ist, sie bisweilen zu konsultiren, um den Koller des grossen Staatsmannes von Friedriehsruh zu besänftigen, so sind wir geneigt, ihm auf halbem Wege entgegen zu kommen, und hoffen dabei zugleich manchem seiner Untergebenen förderlich zu sein, indem wir allen Postbeamten, die dies wünschen, von Zeit zu Zeit eine kleine Sendung behufs Konsultation zugehen lassen. Gegenseitige Diskretion ist Ehrensache.

Hingegen bedingen wir uns aus, dass endlich jenes veraltete, des deutschen Reiches ohnehin nicht mehr würdige

Lied „Ueb' immer Treu und Redlichkeit“ zeitgemäss abgeändert werde, etwa wie folgt:

„Ueb' immer treu „Aufmerksamkeit“
Wo Postgut wird sortirt,
Vermuthest du Laternen drin,
Dann nur nicht lang geziert.

Und wag' es nicht, hineinzuschau'n,
Zu lesen das Geschmier.
Noin, trag' es schnell voll Furcht und
Zum Polzoi-Revier.

Dann sei, o Stephans bester Sohn,
Nie um Dein Schicksal bang,
Dir winkt der „Aufmerksamkeit“
Ein rasch' Avancement!



Literarisches.

Die Sozialdemokratie vor dem Deutschen Reichstage. Erste, zweite und dritte Berathung des Gesetzentwurfs gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Stenographischer Bericht der Verhandlungen des Deutschen Reichstags, nebst dem ursprünglichen Gesetzentwurf, dessen Motiven und Anlagen, dem Wortlaut des Gesetzes wie es aus der Berathung hervorgegangen ist, sowie einem alphabetischen Sprechregister. — Fünf starke Hefen in — 8° mit zusammen über 800 Seiten. Hamburg. Verlag der Genossenschaftlichen Buchdruckerei. Preis M. 2,05.

Bienen und Wespen stechen bekanntlich nur einmal, denn sie müssen ihren Stachel in der Wunde zurücklassen und dieser Verlust ist tödtlich für sie. Auch das Bismarck'sche Regime befindet sich in diesem Fall: der Stachel den es der Sozialdemokratie versetzt hat, ist ihm selbst verderblicher als uns. Mit der Veröffentlichung der vor-

liegenden Schrift, die nicht verboten ist und auch ohne Verfassungsbruch nicht verboten werden kann, ist sozusagen der Bismarck'sche Stachel geschickt aus der Wunde gezogen worden und man kann ihn nunmehr gemütlich durch das Mikroskop betrachten. Welch ein borstiges Stück! Diese Schrift bietet den Sozialisten eine interessante Lektüre, weil die Unterdrückung unserer Presse dem Erlass des Sozialistengesetzes so rasch auf dem Fusse nachgefolgt ist, dass nicht einmal die ausgezeichneten Reden unserer Abgeordneten (es sprachen Bebel, Liebknecht, Bracke, Fritzsche, Hasselmann, Reinders und Wiemer) haben wörtlich mitgetheilt werden können, geschweige die in vielfacher Hinsicht lohrreichen Reden, die unsere Gegner am Ministerialisch und auf der Tribüne gehalten haben. Besonders ergötlich sind die so ziemlich auf dem gleichen Niveau stehenden Reden Schulze-Delitzsch's und des Kanzlers. Man muss sie lesen, um für möglich zu halten, was die deutsche Sprache nicht alles aussich machen lässt.

Das Werk kann durch jede Buchhandlung bezogen werden, sowie auch durch die Expedition der „Laternen“ gegen Einsendung von M. 2,05, sowie 50 Pf. für Porto, zusammen M. 2,55 in Briefmarken.

Breda, den 16. Februar 1879.

Carl Hirsch.



Briefkasten.

X. Die Nr. 6 der Laterne wiegt 12 Gramm, ein leichtes, nicht durchsichtiges Briefkouvert 2 Gramm; wenn Sie also jener Nummer noch einen Brief an ihren Freund beilagten, so war das einfache Porto offenbar unzureichend, da das einfache Briefgewicht 15 Gramm beträgt.

Einer Nummer von einem Bogen (32 Seiten) können Sie getrost ein Briefchen mitgeben, hingegen eine Nummer von 1 1/2 Bogen (48 Seiten) müssen Sie wägen lassen.